

Russland, dort ihm nahe Regimes einzusetzen mit loyalen lokalen, dem Kreml nahe stehenden Eliten. Der Fall von Inghuschetien zeigt jedoch, dass diese Modelle nicht zukunftsfähig sind. Früher oder später werden diese Regimes Probleme haben.

Scherrer: Spielt der Islam in diesen nördlichen Kaukasus-Republiken eine Rolle?

Shevtsova: Für die jüngere Generation begann der radikale Islam zur Plattform für die Organisation des Widerstands zu werden: sowohl gegen die lokalen Diktaturen als auch gegen Russland.

Scherrer: Also wird es in naher Zukunft viele Probleme geben.

Shevtsova: Ja, das neue Tandem Putin/

Medwedew wird sich mit diesen Problemen auseinander setzen müssen. Und das ist mit der derzeitigen zentralisierten Machtstruktur nicht möglich. Ihr Slogan ist Reform und Innovation. Wenn sie von Innovation sprechen, müssen sie begreifen, dass dies bedeutet, einen gewissen wirtschaftlichen Wettbewerb zuzulassen. Und wenn man diesen zulässt, hat man früher oder später auch einen Wettbewerb im politischen Bereich. Wenn man das verhindert, kann man Russland nicht reformieren.

Die einzige Hoffnung könnte sein, dass dem Tandem eine Art Krise oder Desaster lehrt, dass die aktuelle Situation nicht für immer und ewig anhalten wird. Der jetzige Weg kann nicht zukunftsfähig sein, die Blase wächst unterhalb der Oberfläche und kann jeden Moment zerplatzen.

Gespräch mit Adam Krzeminski

Nachbar Russland

Hegemonialmacht oder Partnernation?

Der Publizist Adam Krzeminski, geb. 1945, ist seit 1973 Redakteur der polnischen Wochenzeitung Polityka. Er gilt in Polen als einer der besten Kenner Deutschlands. 2007 erschien in der Edition Fototapeta sein mit Gunter Hofmann, Dirk Reinartz und Lukasz Trzcinski herausgegebenes Buch Schuld & Sühne und Stolz & Vorurteil, in dem das deutsch-polnische Verhältnis neu gesichtet wird. Die Ver-suchung für Russland, Hegemonialmacht zu sein, ergibt sich, nach seiner Auf-fassung, aus dem Staatsverständnis eines Imperiums, das die Spielregeln diktiert. Die Fragen stellte Thomas Meyer.

NG/FH: Russland ist dabei, wieder zur Großmacht zu werden. Macht es für seine Nachbarn eher den Anschein, dass Russland zu einer europäischen Hegemonialmacht oder doch zu einer Partnernation in Europa werden will? Welchen Eindruck hat man in Polen?

Adam Krzeminski: Russland könnte ein Partner sein, aber es muss auch allgemein

gültige Spielregeln akzeptieren. Dazu gehört, dass die Europäische Union eine Realität ist und dass nicht die einzelnen Mitgliedsstaaten gegeneinander ausgespielt werden dürfen durch eine bewusste Strategie, die das sogenannte. »Nahe Ausland« – damit sind die »entlaufenen Kolonien« gemeint: (Estland, Polen usw.) – links liegen lässt und sich nur an »die Großen« als Verhandlungspartner richtet, qua-

si im Geiste des 19. Jahrhunderts. Bis jetzt wird diese Strategie von Russland praktiziert. Die Versuchung, Hegemonialmacht zu sein, ist da. Sie ergibt sich aus dem russischen Staatsverständnis eines Imperiums, das die Spielregeln diktiert. Es gibt ein altes russisches Sprichwort: Die sichersten Grenzen Russlands sind diejenigen, an denen auf beiden Seiten russische Soldaten stehen. Das ist natürlich heute nicht der Fall, aber virtuell versucht man, keine Partnerschaft aufzubauen, sondern – in der Tradition einer Hegemonialmacht des 3. Rom – die Bedingungen zu diktieren und die Nachbarn zu dominieren. Die Reaktion der Europäer kann die Bildung einer Partnerschaft erleichtern und beschleunigen oder erschweren.

NG/FH: Wie ist in diesem Licht die innere Entwicklung Russlands zu beurteilen? Gibt es unter Putin und jetzt auch unter Medwedew eine Entwicklung weg von Europa – wenn man die Normen, Werte und die politische Kultur betrachtet –, oder schließt die Politik an Europa an – unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen dieses großen und potenziell instabilen Landes?

Krzeminski: Die Antwort ist nicht einfach. Russland bekam auf dem Weg einer inneren Demokratisierung keine Selbstbestätigung, kein Erfolgserlebnis, und der Rückfall in die imperialen Mythen und autoritären Verhaltensweisen ist erkennbar. Dazu kommen noch die »neuen Waffen« in Form der Energie. Man kann damit eine neo-hegemoniale Politik verfolgen und der eigenen Bevölkerung einreden: »Wir sind wieder eine Ordnungs- und Großmacht.« Im Fernsehen ist eine Militarisierung zu erkennen. Die Geschichte des Zweiten Weltkrieges, aber auch aktuelle Konflikte (z.B. Tschetschenien, Abchasien) werden instrumentalisiert. Krieg ist ein Statussymbol. Und das zeigt, dass es bei weitem keinen demokratischen Grundgestus gibt. Die

Wandlung unter Putin war eindeutig autoritär. Die Beispiele dazu sind bekannt. Man muss aber auch sehen, dass Putin eben nicht versucht hat, die Verfassung zu ändern und sich – quasi als Zar auf Lebenszeit – zu installieren, obwohl er die Macht dazu gehabt hätte. Es gibt also schon einige kleine Fortschritte, aber das Grundverständnis ist nach wie vor autoritär, imperial und weit von der Demokratie entfernt. Und die Frage ist, ob Europa das akzeptieren will in Form einer *Appeasement*-Politik, weil man z.B. abhängig vom russischen Öl ist, oder ob der Aufbau der Partnerschaft dazu führt, die gemeinsamen Normen zu internalisieren.

NG/FH: Was bedeutet das jetzt für die strategische Partnerschaft der EU mit Russland? Wie würde die polnische Empfehlung lauten, soweit es da Übereinstimmung gibt?

Krzeminski: Man muss eine gemeinsame Ostpolitik haben, z.B. im Energiebereich,

und darf keine nationalen Strategien verfolgen...

NG/FH: ...Sie meinen z.B. die deutsch-russische Pipeline ...

Krzeminski: ...diese Pipeline hätte mit den anderen Nachbarn abgesprochen werden müssen. Wir brauchen auch eine gemeinsame Politik gegenüber der Ukraine, weil deren Staatsverständnis sich anders entwickelt als das russische. Europa ist nicht in

» Europa müsste, in seiner starken Position, viel klarer sein und sich nicht auseinander dividieren lassen. «

einer schwachen Position gegenüber Russland, weil die EU der Abnehmer für die Rohstoffe ist. Russland ist davon ebenso abhängig. Ich sehe auch das Problem einer chinesisch-russischen Allianz und dass sich Russland von Europa abwenden könnte als eine Chimäre. Wenn man genau analysiert, dann sieht man, dass die ganze Infrastruktur für Jahrzehnte aufgebaut ist für die Rohstofflieferung nach Europa. Das sind strukturelle Bedingungen, die nicht einfach kurzfristig geändert werden können. Europa müsste, in seiner starken Position, viel klarer sein und sich nicht auseinander dividieren lassen. Das beste Beispiel war die 750-Jahr-Feier Königsbergs im Jahr 2005, als Putin ganz bewusst den polnischen und den litauischen Präsidenten nicht einlud, dagegen aber den deutschen Kanzler und den französischen Präsidenten, die akzeptiert hatten, dass die unmittelbaren Nachbarn brüskiert wurden.

NG/FH: Wie ist aus polnischer Sicht die Zukunft für das Verhältnis der östlichen Grenzländer Europas, vor allem Polens, und der Zwischeneuropaländer Ukraine, Weißrussland, Moldawien? Wie ist deren Verhältnis in naher Zukunft zu sehen, wenn man eine vernünftige, aber auch selbstbewusste Kooperation mit Russland will?

Krzeminski: Ich glaube, die Ukraine, Moldawien, Georgien etc. müssen selbst entscheiden, was sie sind und wohin sie wollen. Staaten wie die Ukraine sind als souveräne Staaten Jahrzehnte später entstanden als etwa Polen. Es gab in der Zwischenkriegszeit diese Aversion gegenüber Polen, dass es ein »Saisonstaat« sei. Dasselbe gilt für die Ukraine heute. Wenn Putin gegenüber Bush sagt, die Ukraine sei kein richtiger Staat, dann ist das dieselbe Haltung, die Polen gegenüber in der Zwischen-

kriegszeit herrschte. Die Pointe ist: Diese Staaten müssen eine offene Option haben gegenüber dem Westen und es wird, abgesehen vom militärischen Druck Russlands, auch so etwas wie einen zivilisatorischen Wettlauf geben. Wenn Russland nicht nur aufgrund der Rohstoffe ein reiches Land, sondern aufgrund seiner inneren Verfassung auch attraktiv für die Ukraine sein will, dann wird sich diese vielleicht selbst entscheiden: ja, wir gehören diesem Kulturkreis an. Bis jetzt ist es so, dass die Ukrainer nicht entschieden sind. Die innere Debatte ist im Gange, die Mehrheit ist aus heutiger Sicht eher für den Beitritt zur EU, nicht zur NATO. Sie müssen die Chance haben, sich souverän zu entscheiden.

NG/FH: Sie haben nach der Wahl von Tusk eine Überschrift formuliert »Polen zurück in Europa«. Ist durch den Regierungswechsel von den Kaczynski-Brüdern zu Tusk eine Änderung der Rolle Polens innerhalb der EU gegenüber Russlands zu erwarten?

Krzeminski: Ja, in dem Sinne, dass Tusk den Dialog mit Moskau sucht. Polen ist dadurch nicht mehr der Buhmann der EU. Aber es gibt noch keine großen Erfolge der neuen Dialogbereitschaft.